



Paul Spiegel
31. Dezember 1937. Unternehmer
und Präsident des Zentralrats der Juden
in Deutschland.
Aus dem westfälischen Warendorf
stammend. 1939 Emigration nach Bel-
gien, 1945 Rückkehr in die Heimatge-
meinde. Hier Schulbesuch 1958–1965
Journalist bei der „Allgemeinen
Jüdischen Wochenzeitung“ sowie bis
1970 Korrespondent und Redakteur
verschiedener anderer Blätter.
1965–1972 Assistent des General-
sekretärs des Zentralrats der Juden in
Deutschland. 1974–1986 Öffentlich-
keitsarbeiter des Rheinischen Spar-
kassen- und Giroverbandes.
Seit 1986 Gründer und Inhaber einer
international tätigen Künstleragentur.
Seit 2000 Präsident des Zentralrats der
Juden in Deutschland.

Paul Spiegel

Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

„Was tun gegen Antisemitismus?“

Zunächst möchte ich mich bei Ihnen für die Ehre bedanken, heute vor diesem Kreis im „Übersee-Club“ einen Vortrag zu halten, der sich mit Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus auseinander setzen wird. Ich bin glücklich, dass Sie mir die Gelegenheit geben, dieses wichtige Thema in dieser Runde erörtern zu können. Doch gleichzeitig bin ich besorgt und traurig, dass wir uns heute, im Jahr 2002, also 57 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, treffen müssen, um über Antisemitismus zu sprechen und nicht über andere Themen, die Juden und Nichtjuden in diesem 21. Jahrhundert gemeinsam bewegen.

Die Wahl meines heutigen Themas ist also nicht unproblematisch. Bevor ich daher meine Gedanken dazu erläutern möchte, halte ich es für notwendig, einige Prämissen vorzuschicken.

Es scheint im deutschsprachigen Raum inzwischen eine merkwürdige Selbstverständlichkeit geworden zu sein, ausgerechnet Juden zum Thema Antisemitismus zu befragen. Immer wieder werden wir Juden von den Medien, von Institutionen und auch von Privatpersonen zu dieser Problematik interviewt oder zu Rate gezogen. Und jeder erwartet, dass wir Juden Fachleute in Sachen Antisemitismus sind, dass wir die psychologischen und psychosozialen Hintergründe dieser Pest begreifen und erklären können – und dass wir es sind, die genau wissen, wie die Gesellschaft sich von dieser Seuche befreien kann.

Dieser Reflex der deutschen Gesellschaft wird von der Mehrheit nicht mehr hinterfragt. Im Gegenteil: Dieser Reflex wird sogar als ein Teil der so genannten Political Correctness angesehen. Eine Abwehr von jüdischer Seite gegenüber dieser Haltung würde mit Sicherheit Befremden und Irritation auslösen.

Die in Israel lebende Schriftstellerin Cordelia Edvardson, die in ihrer Biographie „Gebranntes Kind scheut das Feuer“ ihre Erfahrungen in Auschwitz beschreibt, wurde bei einer Lesereise durch Deutschland immer wieder von ihrem Publikum zum Antisemitismus befragt. Lakonisch und sehr distanziert antwortete Edvardson stets dasselbe: „Was geht mich der Antisemitismus an? Das ist kein jüdisches Problem, das ist euer Problem!“

Wie Recht sie hat! Denn was geht uns Juden der Antisemitismus an? Wir sind ganz gewiss keine Antisemiten, wenn wir den jüdischen Selbsthass eines Otto Weininger oder eines Theodor Lessing mal beiseite lassen. Der Antisemitismus betrifft uns, aber unser Problem ist er nicht. Er ist das Problem der nichtjüdischen Gesellschaft, für deren demokratische und ethische Verfassung er eine Katastrophe ist. Und doch ist er exemplarisch, wenn man aufzeigen will, wie aus Vorurteilen blinde und brutale Gewalt wird.

Über viele Jahrhunderte versuchten Juden auf den Antisemitismus mit der typischen Ghetto-Mentalität zu reagieren: Man benahm sich „anständig“, versuchte nicht aufzufallen, verhielt sich auf alle Fälle so, wie man glaubte, dass die nichtjüdische Umwelt dies von den Juden erwartete, in der Hoffnung, auf diese Weise möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten, den Zorn der Christen nicht zu erregen und somit einem Pogrom, der Verfolgung und der Vernichtung zu entgehen. Spätestens seit Auschwitz wissen wir, dass dieses Verhalten unsinnig ist. Nirgends auf der Welt hatten sich Juden so sehr ihrer Umwelt angepasst wie in Deutschland, nirgends waren sie so loyale Staatsbürger. Genutzt hat es ihnen nichts. Und längst wissen wir natürlich auch, dass eingefleischte Antisemiten völlig unabhängig sind von unserem Verhalten. Je nach Bedarf sind wir für sie Bolschewiken oder Kapitalisten, Imperialisten oder Blutsauger, die Mörder Gottes oder das „eingebildete“ auserwählte Volk. Und natürlich kennen wir auch die Typologie des „Alibi-Juden“: Man hasst die Juden, doch den jüdischen Nachbarn, den man mit Namen und

Gesicht kennt, den Herrn Cohn von nebenan, den meint man natürlich nicht, denn der ist ja selbstverständlich „ganz anders“.

Und wir kennen inzwischen auch den Antisemitismus ohne Juden – ein Phänomen, das es bereits vor der Shoah gegeben hat, und jetzt, nachdem 6 Millionen Juden auf diesem Kontinent ausgerottet wurden, in vielen Ländern wieder aktuell geworden ist.

Eine weitere Variante des heutigen Antisemitismus ist der so genannte Antizionismus, der Hass auf Israel, und – noch grotesker – der Hass auf die Juden, die gar nicht in Israel leben. Jüdische Einrichtungen und Synagogen auf der ganzen Welt müssen geschützt werden, wenn die Gewalt im Nahen Osten wieder eskaliert.

Immer wieder beschäftigt uns die Frage, was geht uns Juden dieses Krebsgeschwür, genannt „Antisemitismus“ an? Warum müssen ausgerechnet wir Juden uns jedes Mal zu diesem Thema äußern, wenn es auf der Agenda des öffentlichen Interesses steht? Warum, und ich spreche da aus einschlägiger Erfahrung, stürzen sich bei entsprechenden Attentaten in Deutschland die Medien in Massen auf mich und nicht auf Bischof Lehmann oder den Vorsitzenden der EKD, Präses Kock?

Und doch habe ich mich entschieden, mich dieses Themas in meinem heutigen Vortrag anzunehmen. Bin ich inkonsequent? Natürlich nicht. Alles, was ich hier vorausgeschickt habe, gilt auch weiterhin. Aber es gibt einen Aspekt, der es mir unerlässlich erscheinen lässt, dennoch über dieses Thema öffentlich zu sprechen: Es ist die Verantwortung des Bürgers gegenüber der Gemeinschaft, gegenüber dem Wohl der Gesellschaft, in der er lebt.

Ich spreche also hier zu Ihnen als ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland, als ein Bürger der EU, der sich seiner individuellen politischen Verantwortung bewusst ist, alles für den Erhalt und das Wohl der Demokratie auf diesem Kontinent zu tun. Dass ich nebenbei Jude bin, mag für diejenigen, die mich bitten, zu diesem Thema zu sprechen, eine Rolle spielen, für mich steht aber meine Pflicht als Bürger im Vordergrund.

Natürlich bin ich mir auch bewusst, dass die Position des Bürgers für den Angehörigen einer Minderheit, sei es die jüdische oder irgendeine andere, nie und nimmer eine garantierte ist. Dass sie gefährdet ist, eben weil es die Feinde der Demokratie sind, in diesem Fall die Antisemiten, die uns genau den Status, den ich hier für mich beanspruche, absprechen wollen. Doch wenn dies je geschehen sollte – dann ist auch das heute nicht mehr das Problem der Juden, sondern immer nur der Gesellschaft, die die Konsequenzen zu tragen haben wird.

Gerade hier und heute, in dieser Runde, kann ich gar nicht genug betonen, wie wichtig aus diesem Grunde für uns Juden in aller Welt das Wohlergehen des Staates Israel ist. Auch wenn wir nicht immer mit den politischen Entscheidungen der jeweiligen Regierung einverstanden sind, auch wenn wir manchmal Bedenken, Kritik oder Zweifel haben, die Sicherheit des jüdischen Staates ist ein Muss und steht nicht zur Diskussion. Und nicht nur, weil Israel nach wie vor ein Hafen für verfolgte Juden in aller Welt sein muss, sondern auch, weil es in dem neuen Selbstverständnis, das die jüdische Welt nach Auschwitz mühselig finden musste, eine wichtige und herausragende Rolle spielt.

Doch kehren wir nach Deutschland zurück. Nicht erst seit der Wiedervereinigung, aber insbesondere seitdem, erleben wir im Land des Holocaust einen Antisemitismus von ungeahntem Ausmaß, den sich meine Generation, als sie sich nach 1945 zum Bleiben entschieden hatte, nicht mehr vorstellen konnte. Keiner von uns Überlebenden hätte es sich vor 50 Jahren träumen lassen, dass in Deutschland jemals wieder Nazi-Parolen öffentlich gegrölt werden können, dass Synagogen angezündet, Juden auf offener Straße geschlagen werden, dass Politiker auch von demokratischen Parteien antisemitische Äußerungen ohne weitere Konsequenzen machen dürfen.

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir, auf das Wahlergebnis vom Sonntag einzugehen: Es ist natürlich auch für uns Juden eine große Genugtuung, dass der Wähler den rechtsextremistischen Parteien eine klare Absage erteilt hat. Ob das schlechte Abschneiden der FDP im Zusammenhang steht

mit den Attacken ihres stellvertretenden Vorsitzenden Möllemann, mögen die Wahlforscher beurteilen. Als Möllemann vor einigen Wochen zum ersten Mal Michel Friedman und Israel mit antisemitischen Äußerungen attackierte, war es schockierend zu sehen, dass dies, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, für ihn – zumindest bis kurz vor und nach der Bundestagswahl – völlig ohne Konsequenzen blieb.

Und, bevor ich meine Thesen zur Strategie gegen Antisemitismus erläutern werde, möchte ich auch noch einen Blick auf die andere Seite des politischen Spektrums werfen: auf die angeblichen Äußerungen der SPD-Justizministerin. Da allerdings möchte ich mich hüten, einem fatalen Fehler anheim zu fallen: der Denunziation.

Es gibt keine Tonbandaufnahmen, die uns den genauen Wortlaut von Hertha Däubler-Gmelin wiedergeben, insofern sind wir, was den angeblichen Vergleich zwischen Bush und Hitler betrifft, auf Aussagen Dritter beschränkt. Daher also nur so viel: Sollte dieser Vergleich in Sachen Außen- und Innenpolitik tatsächlich gemacht worden sein, so hätte dies zwar nichts mit Antisemitismus zu tun – unserem eigentlichen Thema heute Abend –, jedoch viel mit der Geschichte Deutschlands und einer dann ganz offensichtlich völlig verzerrten Wahrnehmung von politischen Entwicklungen, die nicht nur mit der Frage von Demokratie und Diktatur, sondern auch von realer und eingebildeter Bedrohung zu tun hat. Es wäre also nicht nur abwegig, töricht und bodenlos, George W. Bush mit Adolf Hitler zu vergleichen, sondern es wäre indirekt auch dann der Vergleich der Bedrohung, die heute tatsächlich vom Irak ausgeht, und der angeblichen Bedrohung, die 1933 von den Juden ausging. Wenn die SPD, wenn Frau Däubler-Gmelin die aktuelle Politik der USA für falsch hält – kein Problem. Das ist ihr gutes Recht, und es gibt sicher Argumente, die ihre Position unterstreichen können. Aber, immer vorausgesetzt, dass Frau Däubler-Gmelin diese Äußerungen gemacht hat: nicht so!

Die Rücktrittsforderungen, wie sie noch vor der Wahl erschallten, waren sicher auch durch wahltaktische Überlegungen geprägt. Allerdings: Kann sich die Bundesrepublik ausgerechnet eine Justizministerin leisten, die solche Vergleiche gemacht haben könnte? Und die das amerikanische Justizsystem angeblich als „lausig“ abqualifiziert haben soll? Frau Däubler-Gmelin tat jedenfalls gut daran, für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Doch wenden wir uns nun dem Kern unseres heutigen Themas zu: Welche Möglichkeiten gibt es tatsächlich, mit dem Antisemitismus umzugehen? Hier möchte ich ganz bewusst darauf hinweisen, dass meine Überlegungen sich natürlich nie nur allein auf den Antisemitismus beziehen, sondern auch auf die Fremdenfeindlichkeit ganz allgemein. Denn die Fremdenfeindlichkeit ist die große Schwester des Antisemitismus und ein vielleicht fast noch größeres Problem in unserem Land. Immer eingedenk der Worte Elie Wiesels, der einmal ganz richtig sagte: „Nicht jeder Antisemit ist fremdenfeindlich, aber jeder Fremdenfeind ist ganz sicher auch ein Antisemit!“

Das wohl entscheidende und primäre Problem beim Umgang mit dem Antisemitismus in Deutschland ist seine Wahrnehmung. Es gehört schon beinahe zum guten Ton politischer Rhetorik, bei entsprechenden Anlässen und Vorkommnissen immer wieder darauf hinzuweisen, Deutschland sei nicht antisemitisch. Der unmittelbar darauf folgende Hinweis auf die funktionierende Demokratie ist so wahr wie banal und dient, meiner Meinung nach, zur Selbstberuhigung einer irritierten deutschen Nachkriegsgesellschaft, die genau weiß, dass Angriffe auf Ausländer im Ausland bis heute – leider – anders wahrgenommen werden als Angriffe auf Juden. Die Belastung der Geschichte wirkt eben bis heute nach.

Die deutsche Öffentlichkeit müsste endlich zur Kenntnis nehmen, dass ein viel zu großer Teil der Gesellschaft tatsächlich antisemitisch ist. Den Beweis hierzu lieferte auch eine vor etwa drei Jahren gemachte wissenschaftliche Untersuchung, der zufolge 15 Prozent der deutschen Bevölkerung zumindest latent antisemitisch sind. Nach einer Anfang September dieses Jahres von der Universität Leipzig gemeinsam mit der Freien Universität Berlin vorgelegten Studie wird diese Beobachtung bestätigt, aber auch festgestellt, dass

besonders in den alten Bundesländern rechtsextremes Gedankengut zunimmt.

Das Herunterspielen von Ereignissen, Äußerungen, Slogans und Taten wird nicht zum Verschwinden des Antisemitismus führen. Im Gegenteil: Es macht ihn salonfähig.

Es sind insbesondere einige Politiker des durchaus demokratischen Spektrums, die – vor allem in Wahlkampfzeiten – mit populistischen Slogans Punkte im äußersten rechten Lager zu machen versuchen und somit nicht unerheblich mit dazu beitragen, dass reaktionäres, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut seinen Weg in die gesellschaftliche Mitte findet. Ich beziehe mich jetzt nicht nur auf die jüngsten Ereignisse, sondern verweise darauf, dass diese Strategie leider eine lange Geschichte in der Bundesrepublik hat. Wenn also demokratische Politiker sich so äußern dürfen, dann ist das geradezu ein Freibrief für Rechtsextremisten. Hier wäre es dringend angezeigt, dass sich demokratische Politiker ihrer besonderen Verantwortung für das Gemeinwohl bewusst zeigen, dass es hier keineswegs um Sympathie oder Antipathie gegenüber Juden oder Ausländer geht, sondern um eine demokratische Kultur des öffentlichen Diskurses, der die Forderung des bundesdeutschen Grundgesetzes immer von neuem respektiert und bewahrt: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Der Umgang der Öffentlichkeit mit dem Antisemitismus ist nach wie vor geprägt von einer unbewussten, ja subkutanen Empfindung, dass „der Jude“ immer noch ein Außenseiter und nicht Teil der Gesellschaft ist. Was heißt das? Ein ganz konkretes Beispiel: Als die antisemitischen und fremdenfeindlichen Übergriffe Anfang der 90er Jahre einen ersten Höhepunkt erlebten – ich erinnere hier nur an die Brandanschläge und Morde in Rostock, Mölln, Solingen und Lübeck –, hat sich ein maßgeblicher deutscher Politiker – wahrscheinlich in aller Unschuld – bei den Juden in Deutschland entschuldigt.

Eine noble Geste, meinen Sie? Ich sehe das nicht so. Meiner Meinung nach war dies ein eklatanter Beweis für eine unbewusste Ausgrenzung. Denn – und ich kann es gar nicht deutlich genug immer und immer wieder sagen – die Folgen des Antisemitismus sind wesentlich fataler für die gesamte deutsche Gesellschaft als für die Juden. Mit anderen Worten: Der Politiker hätte sich nicht bei den Juden, sondern bei allen Demokraten des Landes entschuldigen sollen – bei allen Bürgern, deren friedliche Koexistenz durch eine Politik des Abwiegeln und des Verschweigens massiv gefährdet ist.

Anders gesagt: Es ist an der Zeit, dass eine an sich so stabile und offene Gesellschaft wie die Bundesrepublik Deutschland Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit als direkten Angriff auf die demokratische Solidargemeinschaft begreift und weniger als Angriff auf irgendwelche Minderheiten.

Ich denke, diese drei Grundüberlegungen sind die Basis für alles, was folgt, sie sind die Grundvoraussetzung für die Strategien, die man gegen den Antisemitismus ergreifen sollte. Denn nur wenn das notwendige gesellschaftliche Bewusstsein hergestellt ist, haben Maßnahmen und Aktionen gegen den Antisemitismus überhaupt langfristig eine Chance.

An dieser Stelle müsste eine Analyse folgen, wieso sich der Antisemitismus ausgerechnet nach der Wiedervereinigung so stark ausbreiten konnte. Ich will das heute jedoch nicht weiter ausführen, darüber wurde schon so oft diskutiert und gesprochen, dass ich nur längst Bekanntes wiederholen würde. Vielleicht nur so viel: Letztendlich folgt die neue Entwicklung in Deutschland einem uralten Muster: In Zeiten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umwälzungen und Verunsicherung suchte man schon immer gerne nach Sündenböcken für die eigene Bedrohung und Gefährdung. Wir Juden kennen dieses Verhalten unserer christlichen Umwelt seit 2000 Jahren.

Was aber ist nun zu tun? Die Bundesregierung hatte in der vergangenen Legislaturperiode bereits erste Initiativen gestartet, die wichtige Signale in die richtige Richtung waren. Das Aussteigerprogramm von Innenminister Otto Schily, das Aktionsprogramm von Ministerin Bergmann waren erste Schritte der Bundesregierung hin zu einer Solidargemeinschaft, die zumindest versucht, denjenigen unserer politischen Feinde zu helfen, die eine Zukunft, die eine demokratische Zukunft haben möchten. Wir sind es uns

selbst schuldig, zumindest alles zu versuchen, dass jeder Mensch in unserer Gesellschaft die Chance auf ein besseres Leben hat – unter der Voraussetzung natürlich, dass er die Grundregeln des friedlichen Miteinanders akzeptiert. Und das ist nun einmal der Respekt vor der Integrität eines anderen Menschen, ganz gleich wo er herkommt, wie er lebt, ob er Deutscher oder Ausländer ist.

Neben dieser Akut-Behandlung eines Problems müssen jedoch langfristige Initiativen und Therapieformen entwickelt werden.

Sehr viel mehr als bisher muss im Bereich der Bildungspolitik geschehen, jenseits der Ergebnisse der Pisa-Studie! Das politische Vakuum, das sich durch den Untergang des SED-Regimes insbesondere in Ostdeutschland gebildet hat, ist eine willkommene Möglichkeit für den Rechtsextremismus, sich „häuslich“ niederzulassen.

Man stelle sich das vor: Eine Gesellschaft, die sozialistisch-totalitaristisch erzogen wurde, der also der Zugang zur freien Information, zu einer pluralistischen Weltanschauung, zum demokratischen Diskurs und Dialog über Jahrzehnte vorenthalten wurde, soll nun, von einem Tag auf den anderen, mit einer neuen Gesellschaftsform, mit neuen politischen Strukturen klarkommen. Hand aufs Herz: Wer von uns westlichen Bürgern begreift denn wirklich, wie Demokratie in ihren Feinverästelungen funktioniert? Wie politische Gremien und Ausschüsse zur politischen Willensbildung beitragen, wie Gesetzesvorlagen entwickelt werden usw.?

Selbst wir, die wir im demokratischen Westen erzogen wurden, begreifen nicht immer unser politisches System. Und angesichts der Schlammgeschlachten, die sich gegnerische Politiker in Bundestagsdebatten öffentlich liefern, haben auch wir manchmal Mühe, die Demokratie ernst zu nehmen und mit ihr verantwortlich umzugehen. Um wie viel schwieriger haben es daher die Menschen in der ehemaligen DDR. Sie wurden allein gelassen. Von fast allen Parteien.

Wer hat sich wirklich die Mühe gemacht, diesen Menschen demokratische Strukturen zu vermitteln, ihnen das Primat des Konsens zu vermitteln, die Vorzüge demokratischer Streitkultur und Willensbildung? Und wer hat versucht, diesen Menschen beizubringen, dass das „deutsche Wesen“ ganz bestimmt nicht das einzige ist, an dem man genesen kann? Dass es in der komplexen Realität von heute ein Plus ist, mit unterschiedlichen Gedanken und Konzepten, unterschiedlichen Weltbildern und Kulturen in Berührung zu kommen, um optimale Lösungen für komplizierte gesellschaftliche Notwendigkeiten zu finden.

Bildungspolitik müsste genau an diesen Punkten ansetzen, um somit die Angst vor dem Fremden, das Vorurteil gegenüber dem Unbekannten zumindest zu minimieren. Ähnliches gilt natürlich nach wie vor auch für den Westen der Republik. Denn wir dürfen uns nicht einbilden, dass wir die Toleranz und den Respekt vor dem Anderen nur dadurch, dass wir in einer Demokratie groß geworden sind, bereits für uns gepachtet haben. Das wäre zu schön. Die Realität zeigt, dass wir auch im Westen massive Defizite in der Bildungspolitik erleben, dass auch hier Vorurteile, Ressentiments und Hass gegenüber Juden und anderen existieren.

In gleichem Maße müssten Bildungsprogramme auch für eine Stärkung der Zivilcourage bei jedem Einzelnen eintreten. Wir kennen das: Bei jedem neuen Attentat kommt der lautstarke Ruf nach mehr Zivilcourage. Doch anders als in anderen westlichen Demokratien ist Deutschland in einigen seiner mentalen Grundstrukturen immer noch stark von einer gewissen Obrigkeitshörigkeit erfüllt, ist das Gefühl des Einzelnen häufig davon bestimmt, dass „die da oben“ machen, was sie wollen, dass man als Individuum, als „kleine Nummer“ keinen Einfluss habe, dass man somit auch keine Verantwortung tragen müsse, dass der Staat, die res publica, nicht man selbst ist, sondern immer nur die anderen.

Hier wäre es angebracht, im Rahmen politischer Bildungsarbeit vor allem jüngeren Menschen persönliches politisches Engagement wieder schmackhaft zu machen, ihnen zu zeigen, dass sich Enthusiasmus und Idealismus lohnen, dass Querdenken und Vordenken in der Gesellschaft gefragt ist und nicht

– wie so häufig übrigens auch innerhalb der etablierten Parteien – als lästig und störend empfunden wird, als eine Form von Renitenz, die man sofort zerbrechen und vernichten muss, um den geregelten Gang der Dinge nicht zu gefährden. Wie soll Eigenverantwortung bei jungen Bürgern – und auch bei älteren – entstehen, wenn diese abgemahnt und abgestraft wird? Eines der wesentlichen Merkmale der amerikanischen und auch der französischen Demokratie ist, dass der Bürger sich als Teil des Staates versteht und die Politiker nicht als allmächtige Herrscher ansieht, sondern als eine Art von „seinesgleichen“, denen man für eine kurze Zeit ein Mandat gibt – oder es ihnen auch wieder entzieht. Dieses Gefühl, dieses Wissen um die eigene Verantwortung muss in Deutschland, vor allem im Osten, weiter gefördert werden. Dazu werden Millionen von Euro gebraucht. Doch es liegt im ureigenen Interesse unserer Republik, dass die Bundesregierung solche Gelder bereitstellt. Dieses Geld ist eine entscheidende und unverzichtbare Investition in die Zukunft dieses Landes.

Eine weitere entscheidende Frage spielt die gesellschaftliche und öffentliche Ächtung antisemitischer und fremdenfeindlicher Äußerungen und Aktivitäten durch Justiz, Polizei und Bundeswehr.

Rechtsextremistische Vorfälle in der Bundeswehr gehören mittlerweile zum Alltag der Republik, ähnlich schaut es bei der Polizei aus. Und ich spreche hier nicht von einigen schwarzen Schafen, die es überall gibt und die man nie ganz loswerden kann. Ich meine eine strukturelle Problematik, die nicht mit dem nötigen Ernst wahrgenommen und bekämpft wird.

Es ist wahr: Polizei und Bundeswehr repräsentieren einen Querschnitt durch die Gesellschaft. Warum also glaubt man, dass ausgerechnet Polizei und Bundeswehr gegen die Pest des Antisemitismus immun sein können? Ich beklage allerdings die oft zu beobachtende Neigung von verantwortlichen Politikern und der entsprechenden Bürokratie, Geschehnisse zu verharmlosen. So werden zwar bei besonders krassen Fällen Untersuchungskommissionen gebildet, es kommt sogar hier und da zu Berufsverboten, Ausschlüssen aus der Armee und so weiter. Doch mehr noch herrscht ein Geist der Vertuschung und Vernebelung vor, immer aus Angst, dass eine als antisemitisch angesehene deutsche Polizei oder Bundeswehr eine extrem schlechte Publicity für den Export-Weltmeister Deutschland bedeuten würde. Ich hingegen halte es gerade für ein Zeichen demokratischer Stabilität und Stärke, antidemokratische Strukturen mit aller Macht zu bekämpfen, sie öffentlich zu brandmarken und sie so zu verhindern. Auch hier erwarte ich von Seiten der Politik ein massives Umschwenken und Umdenken. Eine neue Form demokratischen Selbstbewusstseins muss her, eine neue Form von Transparenz bei Vorfällen, die wir alle nicht tolerieren wollen und können.

Ebenso entscheidend ist die Kontrolle der Justiz. Wir wissen alle, dass die bundesdeutschen Gerichte in den fünfziger Jahren zahlreiche Nazi-Richter in ihren Reihen hatten, dass diese Männer schlagartig von Faschisten zu Demokraten mutierten. Wir wissen, dass die Folgen dieser braunen Verschmutzung der Nachkriegsjustiz bis heute Nachwirkungen zeigen, dass natürlich auch eine neue Generation von reaktionären Richtern und Anwälten nachgewachsen ist, die eine demokratische Gesetzgebung und Rechtsprechung immer wieder zu unterlaufen versuchen. Auch hier gilt, wie für alles, was ich schon erwähnt habe: schonungslose Ächtung derjenigen, die Neo-Nazis und Skins mit milden Strafen davonkommen lassen, schonungslose öffentliche Konfrontation mit denjenigen Richtern und Anwälten, die Mord nicht Mord, Totschlag nicht Totschlag, versuchten Mord nicht versuchten Mord nennen, sondern alles immer nur als Dumme-Jungen-Streiche abtun. Die eine merkwürdige Form von Milde walten lassen, als ob der demokratische Konsens, dass Gewalt nie und nimmer akzeptiert werden kann, nicht existiere.

Schonungslos sollten die Selbstreinigungskräfte der Justiz auch bei Kollegen sein, die Auschwitz-Leugner und Volksverhetzer mit Bewährung oder banalsten Auflagen davonkommen lassen. Das kann, das darf eine demokratische Gesellschaft nicht tolerieren. Und anders als die amerikanische Gesellschaft, deren Meinungsfreiheit Gruppierungen, die bei uns zum Teil vom Verfassungsschutz beobachtet werden, alle Rechte einräumt, anders als die USA

denke ich, dass Deutschland nach wie vor strengere Formen von Kontrolle braucht. Zwei totalitäre Regimes unterschiedlicher Couleur als Vorläufer gehabt zu haben ist eine schwere Hypothek für eine Demokratie, die noch jung ist und die ihre Feuerprobe in den anstehenden Krisenzeiten erst noch bestehen muss, anders als die amerikanische Demokratie, die sich gegenüber jeder Form von Diktatur bislang als immun erwiesen hat.

Schließlich möchte ich auf den so genannten deutsch-jüdischen Dialog zu sprechen kommen. Abgesehen davon, dass mich die Bezeichnung „deutsch-jüdisch“ gewaltig stört, denn auch Juden sind Deutsche, ist der Dialog zwischen Nichtjuden und Juden eine Notwendigkeit für beide Seiten. Wenn der Kampf gegen den Antisemitismus Erfolg haben soll, dann ist das permanente Gespräch zwischen Juden und Nichtjuden eine Notwendigkeit für beide Seiten. Für Juden in Deutschland, weil sie sich nach 50 Jahren der selbst gewählten Isolation durch die emotionalen Folgen der Shoah allmählich zur deutschen Gesellschaft bekennen wollen und sollen, weil sie jetzt, 57 Jahre nach dem Holocaust, lernen müssen, sich gegenüber ihrem deutschen Umfeld zu öffnen und ihre Bedürfnisse, ihre emotionalen Befindlichkeiten und ihre Ängste zu formulieren. Für Nichtjuden, um ihre immer noch starke Hemmung gegenüber Juden abzubauen, um zu begreifen, dass wir auch nur Menschen sind und keine Wesen von einem anderen Stern.

Allerdings – die Mehrheitsgesellschaft sollte lernen, auf die Minderheiten zu hören. Es kann nicht angehen, dass Nichtjuden uns Juden immer wieder erklären wollen, was antisemitisch ist und was nicht. Es kann nicht angehen, dass wir in unserer häufig negativeren Wahrnehmung von Ereignissen als „übersensibel“ oder „übertrieben“ abgekanzelt werden. Das ist arrogante und dumme Bevormundung. Die nichtjüdische Mehrheit muss zweierlei lernen: Ja, wir Juden sind übersensibel. Und das nun wahrlich nicht ohne Grund. Wir haben für viele Entwicklungen sensiblere Antennen als andere, weil wir diese Fähigkeit entwickeln mussten, um zu überleben. Daher sollten unsere Reaktionen ernst genommen werden, sie sollten zumindest als Warnsignal dienen, als Chance, eigene Einschätzungen und Beurteilungen von Ereignissen zumindest in Frage zu stellen. Da können Nichtjuden von uns Juden sicher mehr lernen als umgekehrt. Wenn ich mich an die Debatte in den deutschen Feuilletons erinnere, die „ernsthaft“ darüber diskutierten, ob Möllemann nun tatsächlich ein Antisemit sei oder lediglich etwas „Antisemitisches“ gesagt habe, dann kann ich nur fassungslos den Kopf schütteln.

Ich möchte zum Schluss kommen und Ihr Augenmerk auf eine ganz wesentliche Kraft im Kampf gegen den Antisemitismus lenken, eine Kraft, ohne die alle Strategien null und nichtig sind: die freie Presse. Sie ist die vielleicht wichtigste Institution innerhalb einer Demokratie, denn nur sie allein garantiert, dass die Öffentlichkeit informiert wird, dass die Organe des Staates, also Legislative, Judikative und Exekutive permanent überprüft werden. Jeder Angriff auf die Presse ist daher eine massive Bedrohung demokratischer Kultur.

Und selbst wenn wir in der heutigen Mediengesellschaft die Aufdringlichkeit der Journalisten manchmal nicht mehr ertragen können, auch wenn die Exzesse des Boulevardjournalismus in uns manchmal den Wunsch nach einer strengeren Restriktion gegenüber der „Journaille“ aufkommen lassen – ohne die freie Presse sind wir alle nichts. Ohne die freie Presse wüssten Sie und ich nicht, wo Juden bedroht, Synagogen angezündet, Politiker sich antisemitisch geäußert haben. Es ist die Presse, die uns die Möglichkeit gibt, zu reagieren.

Dass wir reagieren – das allerdings liegt dann in unserer eigenen Verantwortung. Und diese Verantwortung zu übernehmen – das ist schließlich der letzte und endgültige Beweis für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie.

Ich wünsche uns allen die Kraft, diese Verantwortung im Alltag, in der täglichen Auseinandersetzung mit dem Anderen zu erfüllen. Dieser Kraftakt, Sie wissen es, meine Damen und Herren, lohnt sich. Für uns alle. ■